

## // Im Blickpunkt

Die Finanzkrise hat das Thema Managerhaftung wieder stärker in den generellen Blickpunkt gerückt. Obwohl in der allgemeinen Diskussion die Stimmen nach einer verschärften Haftung von Managern lauter werden, birgt auch schon das bestehende System erhebliche Haftungsrisiken, für die Manager mit ihrem persönlichen Vermögen haften. *Krause* stellt Strategien und Maßnahmen zur Haftungsvermeidung vor.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****EuGH: Zulässigkeit der interkommunalen Kooperation im Rahmen eines kommunalen Gemeinschaftsunternehmens**

Mit Urteil vom 13.11.2008 – Rs. C-324/07 – hat der EuGH entschieden: Die Art. 43 EG und 49 EG, der Gleichheitsgrundsatz und das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit sowie die daraus folgende Transparenzpflicht hindern eine öffentliche Stelle nicht daran, eine öffentliche Dienstleistungskonzession ohne Ausschreibung an eine interkommunale Genossenschaft zu vergeben, deren Mitglieder sämtlich öffentliche Stellen sind, wenn diese öffentlichen Stellen über die Genossenschaft eine Kontrolle ausüben wie über ihre eigenen Dienststellen und die Genossenschaft ihre Tätigkeit im Wesentlichen für diese öffentlichen Stellen verrichtet.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1369-1 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**BGH: Keine Außenhaftung des Treugeber-Gesellschafters für Gesellschaftsschulden**

Der BGH hat mit Urteil vom 21.4.2008 – XI ZR 148/08 – entschieden: Treugeber-Gesellschafter trifft – anders als unmittelbare Gesellschafter – keine persönliche Außenhaftung für Gesellschaftsschulden analog §§ 128, 130 HGB (Senatsurteil vom 11.11.2008 – XI ZR 468/07, BB 2009, 461 mit Komm. *Podewils*, Tz. 18ff., zur Veröffentlichung in BGHZ 178, 271 vorgesehen).

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1369-2 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**BGH: Zur Berücksichtigung fälliger Forderungen bei der Prüfung der Zahlungsfähigkeit**

Mit Urteil vom 14.5.2009 – IX ZR 63/08 – hat der BGH entschieden: Fällige Forderungen bleiben bei der Prüfung der Zahlungsfähigkeit nur außer Betracht, sofern sie mindestens rein tatsächlich – also auch ohne rechtlichen Bindungswillen – gestundet sind. Eine Forderung ist stets zu

berücksichtigen, wenn der Schuldner sie durch eine Kündigung fällig stellt und von sich aus gegenüber dem Gläubiger die alsbaldige Erfüllung zusagt. Reicht der Schuldner bei seiner Bank zwecks Darlehensrückführung ihm von einem Dritten zur Erfüllung einer Forderung überlassene Kundenschecks ein, erlangt die Bank eine inkongruente Deckung, wenn ihr die den Schecks zugrunde liegenden Kausalforderungen nicht abgetreten waren. Wird eine Darlehensforderung in kritischer Zeit infolge einer anfechtbaren Kündigung des Schuldners fällig, erlangt der Gläubiger durch die anschließende Tilgung der sonach fälligen Verbindlichkeiten eine inkongruente Deckung.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1369-3 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**BGH: Genossenschaft – Einzahlung der Pflichteinlage in Raten**

Mit Beschluss vom 16.3.2009 – II ZR 138/08 – hat der BGH entschieden: Gestattet eine Genossenschaft dem beitretenden Genossen, die geschuldete Pflichteinlage in Raten zu leisten, verstößt die Ratenzahlungsvereinbarung nicht gegen § 22 Abs. 4 S. 2 GenG. Sie ist keine verbotene Kreditgewährung. Eine Ratenzahlungsvereinbarung ist wegen Verstoßes gegen § 7 Nr. 1 GenG unwirksam, wenn in der Satzung der Genossenschaft keine Regelung enthalten ist, nach der die Einzahlung der Pflichteinlage in Raten erfolgen darf. Wird über das Vermögen der Genossenschaft das Insolvenzverfahren eröffnet, fallen fällige, rückständige Pflichteinzahlungen der Genossen in die Insolvenzmasse und können vom Insolvenzverwalter eingefordert werden.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1369-4 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**KG Berlin: Wechsel vom amtlichen Markt in den Freiverkehr**

Mit Beschluss vom 30.4.2009 – 2 W 119/08 – hat das KG Berlin entschieden: Der Wechsel vom

amtlichen Markt in den Entry Standard des Freiverkehrs (Open Market) an der Frankfurter Wertpapierbörse stellt kein zu einem Abfindungsangebot verpflichtendes Delisting dar.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1369-5 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**LG München I: Zur Stellung einer Prozesskostensicherheit durch Ltd. als Klägerin**

Mit Zwischenurteil vom 20.5.2009 – 21 O 12220/08 – hat das LG München I entschieden: Hat eine britische Limited mit geringem Haftungskapital als Klägerin eine zustellfähige Adresse in Großbritannien, so dass eine Vollstreckung der Form nach möglich ist, ist keine Prozesskostensicherheit i. S. v. § 110 ZPO zu stellen. Außer Betracht zu bleiben hat dabei sowohl der Umstand, dass Alleingesellschafter und Director der Limited ggf. ihren Wohnsitz in den USA haben, als auch der Umstand, dass ggf. für Verbindlichkeiten der Klägerin die Grundsätze des Haftungsdurchgriffs auf einen Alleingesellschafter Anwendung finden, da letzteres ausschließlich die Problematik der Forderungsrealisierung betrifft.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1369-6 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**Finanzkrise****EU-Kommission: Neuordnung der Finanzdienstleistungen**

Bei der Kleinkreditvergabe setzt die Kommission künftig auf mehr Verantwortungsbewusstsein der Beteiligten. Um EU-weit sinnvolle Maßnahmen auf den Weg zu bringen, ruft die Kommission zur Einreichung von Vorschlägen bis Ende August 2009 auf. Ziel ist es, einen stabilen Kreditmarkt zu schaffen, zu dem eine verantwortungsvolle Kreditvergabe gehört. Daher sollen nur Produkte verkauft werden, die den Bedürfnissen des Verbrauchers entsprechen und auf seine Rückzahlungsmöglichkeiten zugeschnitten sind.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 15.6.2009)